

- 2 **Arbeitswelt** Abschied von der Präsenzkultur
- 3 **Hartz IV** Trauriger Rekord
- 4 **Verteilung** Billionen im Schatten
- 5 **Gesundheit** Statusverlust macht krank
- 6 **Mitbestimmung** Sicher durch die Krise
- 7 **Arbeitsmarkt** Deregulierung ist das falsche Rezept

STEUERN

Soli nicht ersatzlos streichen

Umfangreiche Steuersenkungen könnten die Handlungsfähigkeit des Staates gefährden und würden die Ungleichheit verschärfen.

Wirtschaftsforscher erwarten für das kommende Jahr einen Überschuss von mehr als 35 Milliarden Euro in den öffentlichen Haushalten. Sollte die Politik das Plus für Steuerentlastungen in ähnlichem Umfang nutzen, würde der Staat seine gerade „wiedergewonnene Handlungsfähigkeit“ aufs Spiel setzen, so eine Analyse der IMK-Steuerexpertin Katja Rietzler und des Berliner Wirtschaftsprofessors Achim Truger.

Der aktuelle Haushaltsüberschuss ist der Untersuchung zufolge zu wesentlichen Teilen der guten Konjunktur und Einmaleffekten geschuldet. Um solche Effekte bereinigt liegt der Überschuss, der „strukturelle Finanzierungssaldo“, konservativ kalkuliert nur bei etwa 17 Milliarden Euro. In der nächsten Rezession könnten die öffentlichen Haushalte schnell wieder ins Minus rutschen, wenn die kommenden Regierungsparteien größere Steuersenkungen beschließen. Die Politik sollte hier aus früheren Fehlern lernen, mahnen die Forscher. Zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung hätte niemand damit gerechnet, dass sich die Steuersenkungen in der Folgezeit als fatal erweisen würden. In der Rezessionsphase zu Beginn dieses Jahrtausends summierten sich die Einnahmeausfälle dann auf bis zu 43 Milliarden Euro jährlich. Die damaligen Steuersenkungen „sind die Ursache für viele der heute beklagten Engpässe in der öffentlichen

Verwaltung und den Investitionsstau bei Infrastruktur und Bildung“, schreiben die Wissenschaftler.

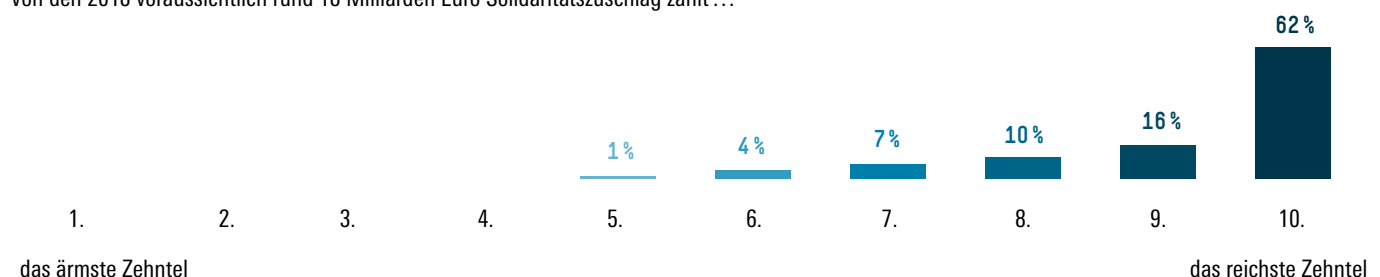
Noch etwas spricht aus IMK-Sicht gegen Steuersenkungen: Die aktuell diskutierten Steuerkonzepte kämen vor allem Beziehern hoher Einkommen zugute, was die Ungleichheit verschärfen würde. So war es bereits unter Rot-Grün. Alle Steuerreformen seit 1998 zusammen genommen brachten dem reichsten Hundertstel eine Entlastung, die 4,8 Prozent des Bruttoeinkommens entsprach. Das ärmste Zehntel zahlt hingegen 5,4 Prozent mehr, was etwa an gestiegener Energie- und Mehrwertsteuer liegt.

Besonders kritisch sieht das IMK die FDP-Forderung, den Solidaritätszuschlag ersatzlos zu streichen. Zwar müsste das Aufkommen – 2018 voraussichtlich gut 18 Milliarden Euro – 27 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr exklusiv für Ostdeutschland verwendet werden. Der Soli dürfe aber schon wegen seiner verteilungspolitischen Wirkung nicht ersatzlos gestrichen werden. Er gehört nämlich zu den Steuerarten, die besonders progressiv wirken, also große Einkommen stärker belasten als kleine. <

Quelle: Katja Rietzler, Achim Truger: Ein gerechterer Einkommenssteuertarif ohne Soli: Spielräume und Handlungsoptionen für eine Reform der Einkommensbesteuerung, IMK Policy Brief, Oktober 2017 Download: bit.do/impuls0941

Soli verteilt um

Von den 2018 voraussichtlich rund 18 Milliarden Euro Solidaritätszuschlag zahlt ...



Abschied von der Präsenzkultur

Mobile Arbeit breitet sich aus. Sie kann die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern, aber auch zu Entgrenzung führen.

Erwerbsarbeit wird mobil: Statt im Büro oder der Fabrik können mehr und mehr Beschäftigte ihre Aufgaben auch am heimischen Schreibtisch, im Zug oder im Café erledigen. Christian und Alexander Piele haben Ausmaß und Auswirkungen dieser Entwicklung im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekts „Leben und Arbeiten in Flexibilität“ ausgelotet. Dafür haben die Mitarbeiter des Fraunhofer-Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO) Daten der IG Metall-Beschäftigtenbefragung 2017 ausgewertet, die auf Angaben von 680 000 Teilnehmern beruhen. Zusätzlich flossen Ergebnisse einer Befragung von rund 2000 Betriebsräten in die Analyse ein.

Der Untersuchung zufolge bieten 43 Prozent der Betriebe in der Metall- und Elektroindustrie mobiles Arbeiten an. Insgesamt 20 Prozent der Beschäftigten dürfen an einem selbstbestimmten Ort außerhalb der Betriebsstätte arbeiten, zwei Drittel von ihnen allerdings nur mit Begründung. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Betriebsgröße. Von den Firmen mit weniger als 100 Arbeitnehmern ermöglichen 37 Prozent räumliche Flexibilität, ab 3000 Mitarbeitern sind es

Schichtarbeiter. Kinder unter 14 Jahren verbessern die Aussichten auf mobile Arbeit. Von den Beschäftigten, die zwar mobil arbeiten könnten, dies aber nicht tun, nennt ein Drittel fehlende technische Voraussetzungen als Grund. Bei einem Drittel liegt es am Vorgesetzten. Ein Fünftel verweist auf die räumliche Situation, hat also daheim beispielsweise kein geeignetes Arbeitszimmer. Dass der Datenschutz außerhalb der Betriebsstätte nicht gewährleistet wäre, gibt ein Zehntel zu Protokoll.

Grundsätzlich genießt mobile Arbeit einen guten Ruf: 90 Prozent aller Befragten finden es gut, den Arbeitsort selbst auswählen zu dürfen. Diejenigen, die diese Möglichkeit haben, berichten zu 86 Prozent, dass sie dadurch Beruf und Privatleben besser unter einen Hut bekommen. Zudem geben vier Fünftel an, dass sie ungestörter arbeiten können.

Die Schattenseiten: 30 Prozent der potenziellen Mobilarbeiter haben Angst, jenseits vom Betriebsgelände mehr leisten zu müssen, weil ihr Tun nicht ausreichend wahrgenommen wird. Fast ein Fünftel hat Schwierigkeiten, eine klare Grenze zwischen Arbeit und Freizeit zu ziehen. Hier seien feste Regeln zur Erreichbarkeit gefordert, mahnen die Autoren. Wenn Entgrenzung droht, müssten Vorgesetzte eingreifen.

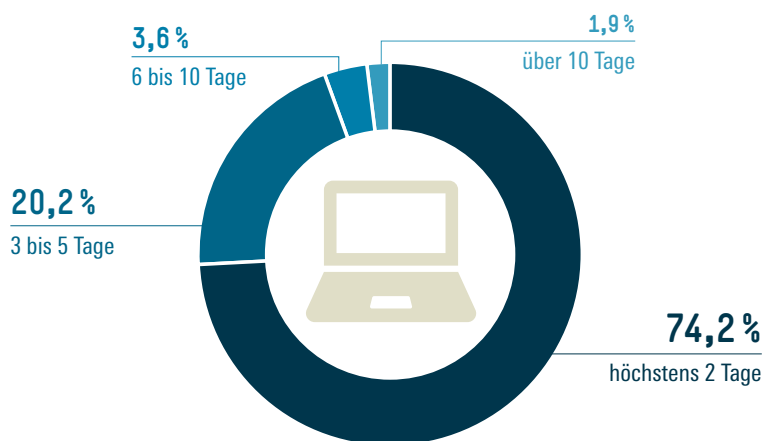
Als problematisch erweist sich die in etlichen Betrieben herrschende Präsenzkultur: 29 Prozent der mobilen Arbeiter fühlen sich durch viele Termine mit Anwesenheitspflicht behindert. Ein Viertel attestiert negative Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit Kollegen. Ebenfalls knapp ein Viertel befürchtet, unwissentlich gegen Regelungen – beispielsweise zum Datenschutz oder zu Arbeitszeiten – zu verstoßen. Dass die außerhalb vom Betrieb geleistete Arbeit nicht vergütet wird, beklagen zehn Prozent.

Die Folge: Fast drei Viertel der Befragten, die mobil arbeiten können, nehmen diese Option maximal zwei Tage im Monat in Anspruch. Beschäftigte mit pflegebedürftigen Angehörigen machen das häufiger – wenn sie

die Möglichkeit dazu haben. Tatsächlich wird ihnen diese Möglichkeit nicht häufiger eingeräumt als anderen Arbeitnehmern. Nach Einschätzung der IAO-Experten deutet das darauf hin, dass die Unternehmen hier noch nachbessern könnten. <

Ein Viertel arbeitet häufiger mobil

Wer mobil arbeiten darf, tut das pro Monat im Schnitt...



Quelle: IAO 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0943

Hans Böckler
Stiftung

69 Prozent. Auch die Branche wirkt sich aus – die Quote reicht von knapp 31 Prozent in der Metallerzeugung bis zu 60 Prozent in der Elektroindustrie.

Ansonsten ist vor allem die Art der Tätigkeit maßgeblich: Akademiker dürfen eher zu Hause oder unterwegs arbeiten als Geringqualifizierte, Führungskräfte eher als ihre Untergebenen. Wer sich direkt in der Produktion verdingt, hat vergleichsweise selten diese Möglichkeit. Dasselbe gilt für

Quelle: Christian Piele, Alexander Piele: Mobile Arbeit – Eine Analyse des verarbeitenden Gewerbes auf Basis der IG Metall-Beschäftigtenbefragung 2017, Fraunhofer IAO, 2017
Download: bit.do/impuls0944

Trauriger Rekord

In Deutschland sind aktuell so viele Kinder auf Hartz IV angewiesen wie noch nie. Mehr als jeder siebte Minderjährige ist betroffen. Viele sind Flüchtlinge.

14,6 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland leben in Familien, die Hartz IV beziehen. Damit hat der Anteil der Kinder, die auf Grundsicherung angewiesen sind, einen neuen Höchststand erreicht. Insgesamt leben heute rund 1,95 Millionen Minderjährige in Familien, die solche Leistungen beziehen – über 110 000 oder 0,8 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Das zeigt eine Auswertung des WSI auf Basis neuester Daten der Bundesagentur für Arbeit.

Nach Analyse des WSI-Sozialexperten Eric Seils ist der Anstieg eine Folge der Zuwanderung, vor allem von Flüchtlingen, seit dem Jahr 2012. Zunächst gab es einen Anstieg der Fallzahlen beim Asylbewerberleistungsgesetz, da Flüchtlinge in der Regel in den ersten 15 Monaten keinen Anspruch auf Hartz IV haben. Mit Verzögerung kam es dann zu einer starken Zunahme der Zahl ausländischer Kinder im Hartz-IV-System. Diese hat sich seit Dezember 2011 von 291 000 auf 584 000 ziemlich genau verdoppelt. Der sukzessive Übergang in die Grundsicherung stellt für Flüchtlingsfamilien trotz des niedrigen Niveaus eine Leistungsverbesserung dar. Die Zahl der betroffenen Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit – ohne und mit Migrationshintergrund – ist seit Dezember 2011 um über 120 000 gesunken.

Der Anteil der Kinder, die auf Hartz IV angewiesen sind, hat vor allem in Westdeutschland zugenommen. Im Osten war nur 2016 ein kleiner Anstieg festzustellen. In den vergangenen Jahren habe dies zu einer gewissen Angleichung zwischen beiden Teilen Deutschlands beigetragen, erklärt Seils. Es gibt aber weiterhin große regionale Unterschiede, vor allem auf der Ebene der Städte und Kreise: Die höchsten Hartz-IV-Quoten unter Minderjährigen weisen Gelsenkirchen mit 41 Prozent, Bremerhaven mit 36,1 Prozent und Halle an der Saale mit 34,3 Prozent auf. Die Kreise mit den niedrigsten Quoten liegen in Bayern: In Pfaffenhofen an der Ilm beträgt der Anteil 2,2 Prozent, in Eichstätt 2,3 Prozent.

Für Seils zeigen die neuen Daten die Notwendigkeit, noch mehr für die soziale Inklusion zu tun. „Unabhängig von Herkunft und Wohnort profitieren alle Kinder von einer kostenlosen Bildungsinfrastruktur und einer fairen Ordnung am Arbeitsmarkt, die es ihren Eltern möglich macht, die Familie aus eigener Kraft zu finanzieren“, so der Forscher. <

Quelle: WSI-Verteilungsmonitor Link: bit.do/impuls094a

Gesunde Arbeit im digitalen Zeitalter



Erwerbsarbeit muss mehr leisten als Einkommen zu generieren. Sie soll auch Sinn stiften und muss so organisiert sein, dass sie die Gesundheit der Beschäftigten nicht gefährdet. Darauf macht die von

der Hans-Böckler-Stiftung initiierte Expertenkommission „Arbeit der Zukunft“ aufmerksam. In den 1970er- und 1980er-Jahren habe es bereits ein Forschungs- und Aktionsprogramm gegeben, das sich unter dem Titel „Humanisierung der Arbeitswelt“ einer menschengerechten Arbeitsgestaltung verschrieben hatte. In den letzten beiden Dekaden sei es um die Frage nach humanen Arbeitsbedingungen jedoch relativ still geworden, schreiben die Arbeitsmarktexperten. Allerdings sei das Thema von höchster Aktualität, wenn die Digitalisierung in vielen Betrieben die tradierten Prozesse über den Haufen wirft und völlig neue Job-Profile entstehen.

Um die Gesundheit der Beschäftigten zu erhalten, dringt die Kommission darauf, zunächst die bestehenden Instrumente anzuwenden – aber konsequenter als in der Vergangenheit. Das gilt insbesondere für die bereits heute vorgeschriebenen, aber nur von jedem zweiten Unternehmen umgesetzten Gefährdungsbeurteilungen. Damit lassen sich Arbeitsumstände, die krank machen, systematisch erfassen und in der Folge

systematisch verbessern. Aus Sicht der Kommission müssten Betriebe durch verstärkte Kontrollen und Sanktionen wirksam zu Gefährdungsbeurteilungen verpflichtet werden, wobei kleinere Firmen Unterstützung bei der Anfertigung erhalten sollten. Weiterhin seien die Standards zu konkretisieren. Beispielsweise würden dort, wo es bereits heute Gefährdungsbeurteilungen gibt, oft die psychischen Belastungen unter den Tisch fallen. Diese Lücke ist den Arbeitsmarktexperten zufolge dringend zu schließen. Gerade Geringqualifizierte stünden häufig unter Druck durch hohe Anforderungen bei gleichzeitiger Arbeitsplatzunsicherheit. Besonders wichtig ist den Experten weiterhin „die direkte Beteiligung der Beschäftigten“. Belegschaftsbefragungen und Zugang zu Beratung am Arbeitsplatz seien nötig, um den Ursachen von Beschwerden auf die Spur zu kommen.

„Um das Instrument in den Augen der Belegschaften nicht zu delegitimieren“, müssen am Ende des Prozesses natürlich auch „konkrete Maßnahmen im Arbeitsalltag“ stehen. Missstände sollten nicht nur einmal dokumentiert, sondern auch regelmäßig überprüft und schließlich behoben werden. <

Quelle: Kerstin Jürgens, Reiner Hoffmann u.a.: Arbeit transformieren! Denkanstöße der Kommission „Arbeit der Zukunft“, Bielefeld 2017 (ab Seite 144)
Download: bit.do/impuls0945

Billionen im Schatten

In Steueroasen lagert Vermögen in Billionenhöhe. Das verschleiert das wahre Ausmaß der Ungleichheit.

Die Schweiz zieht traditionell nicht nur Touristen an, sondern auch Geld aus aller Welt. Auch Luxemburg oder Hong Kong haben sich als Gastgeber für die Ersparnisse betuchter Ausländer profiliert. Die norwegische Ökonomin Annette Alstadsæter hat gemeinsam mit Niels Johannesen von der Universität Kopenhagen und Gabriel Zucman von der Universität Berkeley untersucht, wie viel Vermögen in sogenannten Steueroasen gehortet wird und woher es stammt. Ihrer Analyse zufolge pflegen die Superreichen in manchen Ländern einen Großteil ihres Kapitals ins Ausland zu verschieben. Wenn man diese Summen berücksichtigt, fällt die Ungleichheit noch drastischer aus als bisher angenommen.

Für ihre Studie haben die Forscher Daten ausgewertet, die seit kurzem zugänglich sind. Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hat 2016 erstmals bilaterale Informationen zu den Bankguthaben in diversen Offshore-Zentren veröffentlicht. Detaillierte Statistiken zum ausländischen Finanzvermögen in der Schweiz, die unter anderem auch Aktienportfolios oder Investmentfonds abdecken, sind über die dortige Zentralbank verfügbar. Darüber hinaus erlauben Anomalien in volkswirtschaftlichen Investitionsstatistiken Rückschlüsse auf Offshore-Vermögen.

Den Schätzungen zufolge dürfte das in Steueroasen verwaltete Vermögen dem Gegenwert von einem Zehntel des globalen Bruttoinlandsprodukts entsprechen. Im Jahr 2007, auf das sich die Analyse bezieht, waren das 5,6 Billionen US-Dollar. Bei den Herkunftsstaaten gibt es enorme Unterschiede: Der Anteil an der Wirtschaftsleistung schwankt von 1,2 Prozent in Korea bis hin zu 73 Prozent in den Vereinigten Arabischen Emiraten. In Deutschland sind es etwa 16 Prozent. Das waren 2007 knapp 552 Milliarden Dollar.

Diese Differenzen seien nicht einfach zu erklären, schreiben die Wissenschaftler. Unter den Ländern mit vergleichsweise viel Offshore-Reichtum seien sowohl Autokratien wie Saudi-Arabien oder Russland als auch traditionsreiche Demokratien wie Frankreich oder Großbritannien. Unter den kaum betroffenen Staaten befänden sich Korea und Japan, die sehr niedrige Steuersätze erheben, und Hochsteuerlän-

der wie Dänemark oder Norwegen. Zu den relevanten Faktoren scheinen neben der geografischen Nähe, etwa Deutschlands zur Schweiz, unter anderem das Vorkommen von Bodenschätzen und politische oder wirtschaftliche Instabilität in der Nachkriegszeit zu gehören.

Um die Plausibilität ihrer Schätzungen zu demonstrieren, haben die Ökonomen ihre Ergebnisse mit Auswertungen der sogenannten Panama-Papers verglichen. Demnach gibt es eine starke Korrelation zwischen dem geschätzten Anteil des Offshore-Vermögens am Bruttoinlandsprodukt und der Anzahl der Eigentümer von Briefkastenfirma in den untersuchten Ländern.

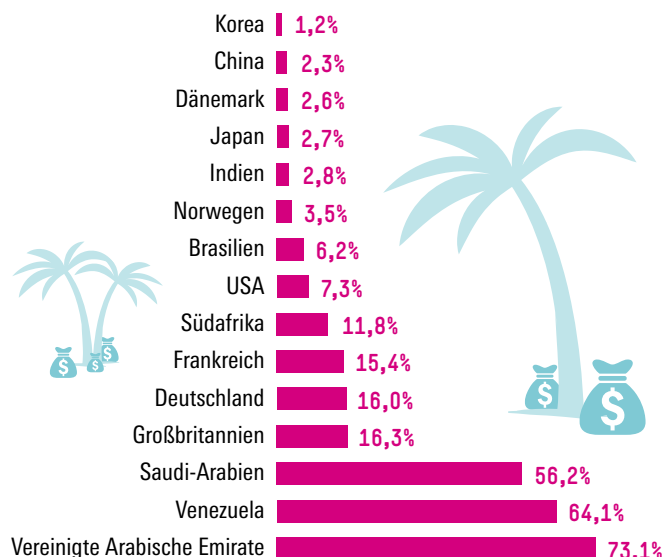
Was die Ergebnisse für die Messung von Ungleichheit bedeuten, haben die Autoren für zehn Länder untersucht. Dabei gehen sie davon aus, dass Offshore-Vermögen in der Regel nicht versteuert wird und damit nicht in den Steuerstatistiken auftaucht, auf denen Schätzungen der Vermögensungleichheit üblicherweise beruhen. Zusätzlich berufen sie sich auf Auswertungen von Schweizer Bankdaten, die über ein Datenleck publik geworden sind, und Informationen zu skandinavischen Steuerzahlern, die im Rahmen einer Amnestie illegale Reichtümer gemeldet hatten. Diesen Quellen zufolge sind die in Steueroasen geparkten Ersparnisse hoch konzentriert: 80 Prozent dürften dem reichsten Tausendstel der Haushalte gehören, 50 Prozent allein dem reichsten Zehntausendstel.

Wenn man die vorhandenen Ungleichheitsstatistiken um die Summen korrigiert, die die Superreichen dem Fiskus schätzungsweise vorenthalten, ergeben sich zum Teil erhebliche Änderungen. In Spanien steigt der Anteil des Top-Zehntausendstels am Gesamtvermögen von 2,5 auf 3,5 Prozent, in Großbritannien von weniger als drei auf 4,4 Prozent. Der Anteil von Russlands Krösussen, die einen Großteil ihres Reichtums in Steueroasen anlegen, steigt von fünf auf 12,5 Prozent. <

Quelle: Annette Alstadsæter, Niels Johannesen, Gabriel Zucman: Who Owns the Wealth in Tax Havens? Macro Evidence and Implications for Global Inequality, NBER Working Paper No. 23805, September 2017

So beliebt sind Steueroasen

Der Anteil des Offshore-Vermögens am Bruttoinlandsprodukt beträgt in ...



Quelle: Alstadsæter u.a. 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0946 Daten: bit.do/impuls0947 Hans Böckler Stiftung

Statusverlust macht krank

Wenn Menschen sozial absteigen, leidet häufig die Gesundheit. Das lässt sich besonders bei ostdeutschen Männern beobachten.

Männer aus Ostdeutschland haben in den vergangenen zwei Jahrzehnten häufiger die Erfahrung von Abstieg oder Arbeitslosigkeit gemacht. Zugleich geht es ihnen gesundheitlich schlechter als westdeutschen Männern. Wie beides zusammenhängt, zeigt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie von Sebastian Günther, Anja Knöchelmann, Irene Moor und Matthias Richter.

Die Medizinsoziologen der Universität Halle-Wittenberg haben die Lebensläufe von knapp 20 000 erwerbstätigen Deutschen im Alter zwischen 25 und 59 analysiert. Dabei haben sie einerseits die intergenerationale Mobilität untersucht, also wie sich die berufliche Stellung gegenüber der Elterngeneration verändert hat, andererseits die intragenerationale Mobilität, die etwas über die Veränderungen innerhalb eines Berufslebens aussagt. Diese Ergebnisse kombinierten die Forscher mit Angaben dazu, wie die untersuchten Personen ihre Gesundheit einschätzen. Die Daten stammen aus dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) der Jahre 1992 bis 2012.

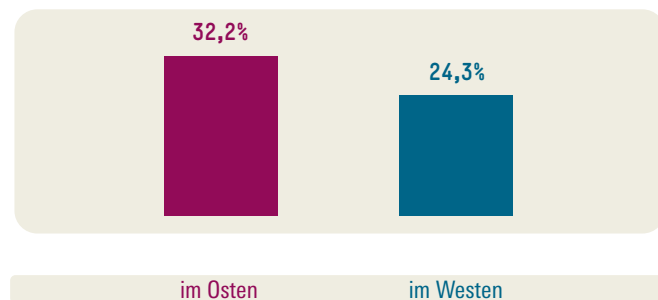
Herkunft bestimmt über Karriere und Gesundheit

Dabei zeigt sich: Erstens gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen sozialer Situation und Gesundheit, zweitens spielt die Herkunft eine entscheidende Rolle. Am gesündesten fühlen sich Personen, die aus einer Familie mit hohem Status stammen und diese Position über ihr Berufs-

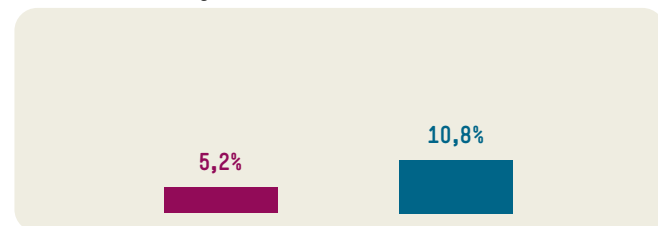
Aufstieg im Osten schwieriger

Männer, deren Eltern einen niedrigen beruflichen Status hatten, ...

blieben in einer niedrigen Position:



schaftten den Aufstieg in eine hohe Position:



im Zeitraum von 2008 bis 2012

Quelle: Günther u.a. 2017 Grafik zum Download: bit.do/impuls0948

Hans Böckler
Stiftung

leben halten konnten. Die höchsten Krankheitsrisiken tragen Menschen, die dauerhaft in einer niedrigen beruflichen Position feststecken. Auch soziale Mobilität wirkt sich signifikant auf die Gesundheit aus: Während ein Aufstieg mit einer besseren Einschätzung einhergeht, berichten Absteiger von einem schlechteren Gesundheitszustand. Je größer der Abstieg, desto eher wird die eigene Gesundheit als schlecht eingeschätzt. „Es ist anzunehmen, dass dies auf eine andauernde Benachteiligung und damit assoziierte Faktoren wie psychosoziale Belastungen zurückzuführen ist“, schreiben die Wissenschaftler. Die beschriebenen Effekte haben sie sowohl für die inter- als auch für die intragenerationale Mobilität beobachtet, und zwar fast unabhängig von Geschlecht oder Herkunft.

Schlechtere Chancen im Osten

Gleichwohl ergeben sich große Unterschiede zwischen Ost und West – heute sogar noch größere als kurz nach der Wende. Besonders bei Männern zeigt sich, dass die beruflichen Perspektiven und Karrierechancen in den alten und neuen Bundesländern sehr ungleich verteilt sind. Aktuell bleiben etwa 32 Prozent der ostdeutschen Männer, deren Eltern einen niedrigen beruflichen Status hatten, in einer niedrigen Position. Bei den westdeutschen Männern sind es 24 Prozent.

Männern aus ostdeutschen Ländern gelingt seltener ein beruflicher Aufstieg, sie sind im Gegenteil häufiger von Abstiegen in Arbeitslosigkeit betroffen. Männer westdeutscher Herkunft schaffen häufiger einen sozialen Aufstieg. Dementsprechend unterschiedlich schätzen die Männer in Ost und West auch ihre Gesundheit ein. Bei Frauen aus den alten und neuen Bundesländern fallen die Unterschiede weniger deutlich aus – allerdings haben Frauen insgesamt schlechtere Aufstiegschancen als Männer. Über den gesamten Zeitverlauf hinweg zeigt sich außerdem, dass es sowohl im Osten als auch im Westen schwerer geworden ist, einen hohen Status vom Anfang bis zum Ende des Berufslebens zu halten.

Trotz der kontinuierlichen Annäherung seit der Wiedervereinigung seien die Folgen des massiven wirtschaftlichen Umbruchs in Ostdeutschland weiterhin spürbar, schreiben die Forscher. Die Arbeitslosigkeit und das Armutsrisiko seien im Osten immer noch höher. Dass darunter stärker die Männer leiden, liege mutmaßlich an der Rolle des Hauptverdieners, in der sie sich nach wie vor sehen. Der Verlust des Arbeitsplatzes wirke sich bei ihnen nicht nur auf das Haushaltseinkommen, sondern stärker als bei Frauen auch auf Identität und Status aus. <

Quelle: Sebastian Günther, Anja Knöchelmann, Irene Moor, Matthias Richter: Soziale Mobilität und gesundheitliche Ungleichheit, Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Nr. 50, Oktober 2017 Download: bit.do/impuls0949

Sicher durch die Krise

Arbeitszeitverkürzung hat in der jüngsten Rezession mehr als eine Million Stellen gerettet. Möglich gemacht haben das Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft.

Um mehr als sechs Prozentpunkte brach das Bruttoinlandsprodukt 2009 ein. Ein heftiger Rückgang der Beschäftigung wäre zu erwarten gewesen, doch Massenentlassungen blieben aus. Was ist geschehen? Die IMK-Forscher Alexander Herzog-Stein und Fabian Lindner sowie Simon Sturn von der University of Massachusetts haben die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt analysiert und mit den Folgen früherer Rezessionen verglichen. Ergebnis: Es waren vor allem Arbeitszeitkonten und Kurzarbeit, die Jobs gerettet haben, insgesamt 1,3 Millionen Stellen.

Ob nach den Ölkrisen der 1970er-Jahre oder nach dem Platzen der Dotcom-Blase zur Jahrtausendwende: Stets wurden – in Relation zum Rückgang der Wirtschaftsleistung – mehr Arbeitnehmer entlassen. Der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität schlug sich zu 30 bis 50 Prozent in Kündigungen nieder. In der letzten Krise, der „Großen Rezession“, waren die sozialpartnerschaftlich ausgehandelten Modelle zur Arbeitszeitflexibilisierung jedoch so weit ausgebreitet, dass „in den meisten Firmen eine Krisenstrategie zum

Einsatz kam, die darauf setzte, eine Zeit lang die Produktion zu drosseln, statt Beschäftigte auf die Straße zu setzen“. Lediglich zwölf Prozent des Produktionsrückgangs „übersetzten sich“ diesmal in Entlassungen, so die Forscher.

Der Ursprung für tarifvertragliche Arbeitszeitinstrumente wie Arbeitszeitkonten und zeitweilige Veränderungen der Regelarbeitszeit, geht der Studie zufolge auf Verhandlungen in der Metall- und Elektroindustrie in den 1980er-Jahren zurück. Hier sei der Grundstein gelegt worden, um konjunkturellen Rückschlägen mit kollektiv vereinbarten Arbeitszeitinstrumenten entgegenwirken zu können. Im Jahr 2009 bestand bereits für die Hälfte aller Beschäftigten irgendeine Möglichkeit der Arbeitszeitanpassung, in der Industrie habe die Quote sogar deutlich höher gelegen, schreiben die Wissenschaftler. Daran hätten Mitbestimmung und deutsches Tarifvertragssystem einen wesentlichen Anteil. <

Quelle: Alexander Herzog-Stein, Fabian Lindner, Simon Sturn: The German employment miracle in the Great Recession: the significance and institutional foundations of temporary working, Oxford Economic Papers, im Erscheinen

Weniger Entlassungen in der Großen Rezession

Der Rückgang der Wirtschaftsleistung schlug sich in Jobverlusten nieder zu ...



Quelle: Herzog-Stein u.a. Grafik zum Download: bit.do/impuls0950

Hans Böckler
Stiftung

Wem Zeitkonten nützen

Mehr Flexibilität – so lautet aktuell das Credo, wenn es um Arbeitszeiten geht. Wie flexible Arbeitszeiten gestaltet werden und wem sie nutzen, kann in der Praxis jedoch sehr unterschiedlich aussehen. Das ist das Ergebnis einer Analyse der Arbeitsmarktforscher Hermann Groß und Hartmut Seifert auf Basis von knapp 600 Betriebsvereinbarungen.

Die Grundidee von Arbeitszeitkonten ist einfach: Wenn Beschäftigte länger arbeiten als vereinbart, sammelt sich auf ihrem Konto ein Zeitguthaben, arbeiten sie kürzer, entstehen Zeitschulden. Ob davon eher die Arbeitnehmer oder die Arbeitgeber

profitieren, entscheide sich „erst im betrieblichen Alltag“, schreiben die Wissenschaftler.

Die Auswertung macht deutlich, welche Ziele die Betriebe mit der Einführung von Arbeitszeitkonten verfolgen: meistens mehrere zugleich. In 98 Prozent aller Vereinbarungen zu Arbeitszeitkonten wird auf betriebliche Anforderungen verwiesen. Das heißt: Arbeitszeiten sollen sich etwa nach den Anforderungen der Produktion oder den Bedürfnissen von Kunden richten. Gleichzeitig sollen etwa 73 Prozent der Vereinbarungen den Beschäftigten mehr Autonomie bei der Arbeitszeit ermöglichen. In gut ei-

nem Drittel der Betriebsvereinbarungen wird Beschäftigungssicherung als Ziel genannt.

Auffällig sind die Unterschiede zwischen den Wirtschaftszweigen: Beschäftigungssicherung spielt bei 50 Prozent der Vereinbarungen in Industriebetrieben eine Rolle, in Dienstleistungsbetrieben gilt dies nur für knapp 14 Prozent. Umgekehrt zielen 90 Prozent der Vereinbarungen von Dienstleistern auf Zeitautonomie für die Beschäftigten ab, im produzierenden Gewerbe sind es nur 60 Prozent. <

Quelle: Hermann Groß, Hartmut Seifert: Regulierte Flexibilität – Betriebliche Regelungsstrukturen von Arbeitszeitkonten, WSI-Mitteilungen 06/2017

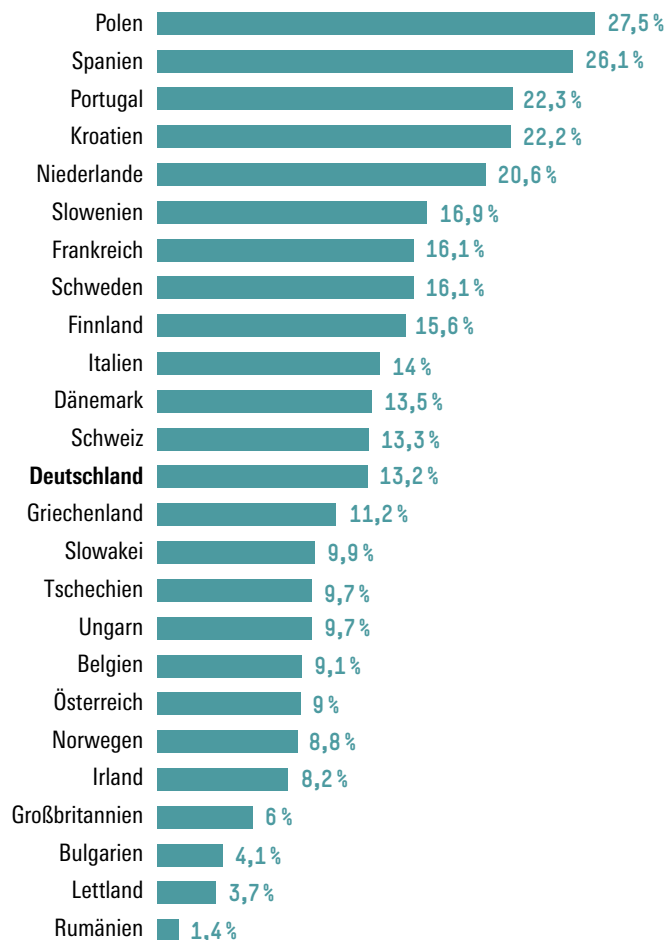
Deregulierung ist das falsche Rezept

In den vergangenen Jahren haben viele EU-Staaten den Kündigungsschutz aufgeweicht. Das schafft aber nicht mehr reguläre Jobs.

Viele klagen über die Spaltung des Arbeitsmarkts in Beschäftigte mit Standardarbeitsverhältnissen und solche mit atypischen Jobs. Mainstream-Wirtschaftsprofessoren haben ein einfaches Konzept dagegen: Sie fordern mehr Deregulierung, um die Spaltung aufzuheben. Denn nach ihrer Theorie hält ein zu starker Kündigungsschutz Arbeitgeber davon ab, neue Mitarbeiter mit unbefristeten Verträgen anzustellen. Dies verbaue den atypisch Beschäftigten Chancen. Mit dieser Begründung ist in der Europäischen Union seit 2008 in einer Reihe von Ländern die Aufweichung des Kündigungsschutzes für unbefristet Beschäftigte legitimiert worden. Doch wie stichhaltig ist diese Argumentation? Dieser Frage gehen Jill Rubery und Agnieszka Piasna in einer Studie für das Europäische Gewerkschaftsinstitut (ETUI) nach.

Viele Jobs ohne Perspektive

Nur einen Vertrag auf Zeit hatten 2016 von den Beschäftigten in ...



Anhand der OECD-Statistik zur Stärke des Kündigungsschutzes und von Eurostat-Zahlen zum Anteil der befristeten Beschäftigten können die Forscher die gängigen Thesen widerlegen: Die Daten lassen keinen Zusammenhang erkennen zwischen der Ausprägung des Kündigungsschutzes und der Zahl der befristeten Verträge. So lässt sich ein hoher Anteil befristeter Verträge sowohl in den Niederlanden beobachten, wo die Regeln zu befristeten Verträgen recht schwach sind, als auch in Frankreich, wo die Regulierung am stärksten ist. Lettland hingegen, wo unbefristete Verträge stark und befristete Verträge kaum geschützt sind, hat einen der niedrigsten Anteile an befristet Beschäftigten. Diese Ergebnisse seien zum Teil das genaue Gegenteil dessen, was man ausgehend von den Mainstream-Thesen erwarten würde, so die Wissenschaftler. Zudem hätten weitere Studien gezeigt, dass die Absenkung des Kündigungsschutzes in manchen Ländern zu einer höheren Arbeitslosigkeit geführt hat.

Die Forscher kritisieren an einer Deregulierung zudem die sozialen Kosten. So sei es für befristet Beschäftigte sowohl wahrscheinlicher, dass sie ihre Arbeit verlieren, als auch, dass sie im Lebensverlauf insgesamt weniger verdienen. Diese soziale Ungleichheit zeige sich auch bei einem Vergleich der Beschäftigten, die von Armut bedroht sind: In allen EU-Staaten ist das Risiko der befristet Beschäftigten deutlich höher – von einem Prozentpunkt in Malta bis zu 25 Prozentpunkten in Ungarn, Bulgarien oder Estland. In der gesamten EU sind 16 Prozent der befristet Beschäftigten von Armut bedroht, bei den unbefristet Beschäftigten liegt der Anteil bei 6 Prozent.

Rubery und Piasna plädieren dafür, für jedes Land eigene Lösungen zu entwickeln, um die Spaltung des Arbeitsmarkts zu überwinden und soziale Ungleichheit abzubauen. Eine Patentlösung könne es nicht geben. Sei etwa der Grund für befristete Verträge, dass die Arbeitgeber den so Angestellten geringere Löhne zahlen können, sei es ratsam, die Standards anzuheben – wie etwa in Deutschland mit dem Mindestlohn. Zudem empfehlen die Forscher, den Gegensatz zwischen befristet und unbefristet Beschäftigten in der Debatte nicht künstlich aufzublähen. Von einem angemessen regulierten Arbeitsmarkt würden alle Beschäftigten profitieren – und die Gesellschaft als Ganzes: Ausgeprägte Arbeitnehmerrechte könnten die Beschäftigung in der Rezession stabilisieren, auf lange Sicht die Produktivität steigern und zu einer Gesellschaft beitragen, die von gegenseitigem Vertrauen geprägt ist. <

Quelle: Jill Rubery, Agnieszka Piasna: Labour market segmentation and deregulation of employment protection in the EU, in: Agnieszka Piasna, Martin Myant: Myths of employment deregulation: how it neither creates jobs nor reduces labour market segmentation, ETUI, 2017 Download: bit.do/impuls0953

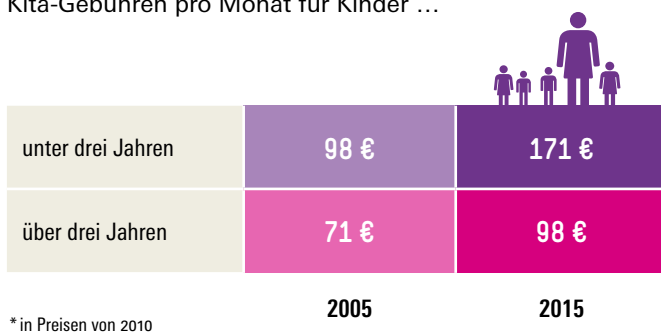
IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon: +49 211 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Michael Guggemos
Leiter Öffentlichkeitsarbeit: Rainer Jung
Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen
Dr. Kai Kühne, Katja Wolf
redaktion-impuls@boeckler.de
Telefon: +49 211 77 78-631, Telefax: +49 211 77 78-4631
Druck und Versand: Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und unter Angabe der Quelle frei
www.boecklerimpuls.de

VEREINBARKEIT

Kinderbetreuung kostet mehr

So hoch waren inflationsbereinigt* die durchschnittlichen Kita-Gebühren pro Monat für Kinder ...

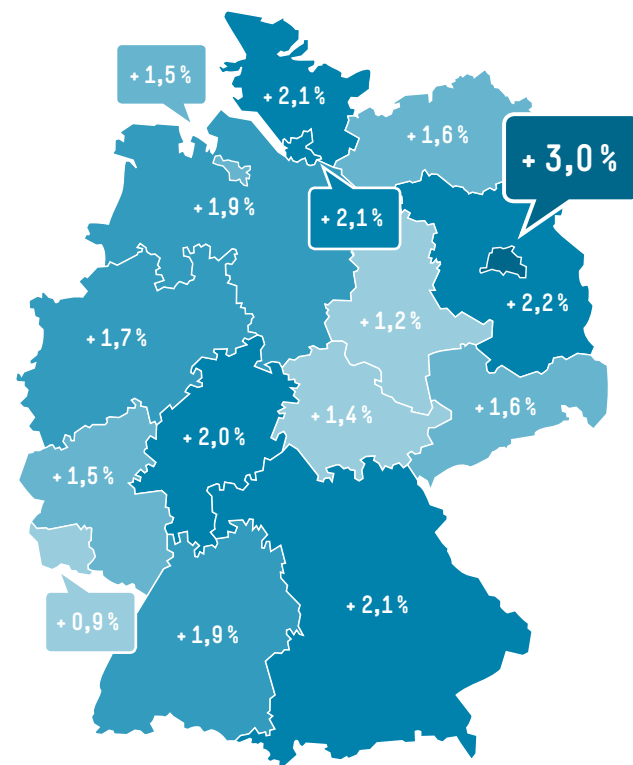


Quelle: DIW, Oktober 2017 bit.do/impuls0954

ARBEITSMARKT

Berlin boomt

So wird sich 2018 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entwickeln in ...

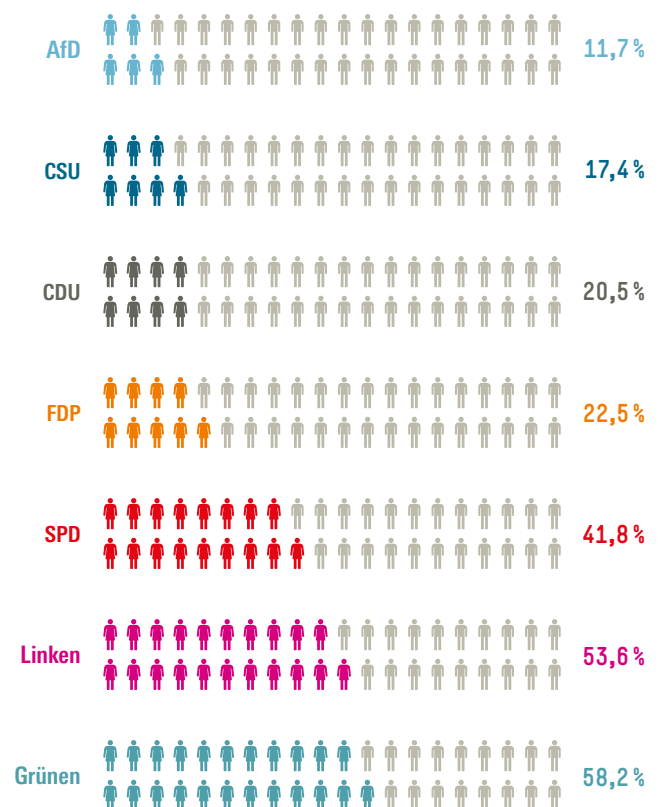


Quelle: IAB, Oktober 2017 bit.do/impuls0955

BUNDESTAG

Rechte Männer

Weiblich sind von den Bundestagsabgeordneten der ...



Quelle: Bundeswahlleiter, Oktober 2017 bit.do/impuls0956

GESUNDHEIT

Hartz-IV-Bezieher sind kränker

Menschen, die auf Hartz IV angewiesen sind, fühlen sich im Schnitt weniger gesund als Erwerbstätige. Das zeigt eine Auswertung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Aufstocker fühlen sich demnach besser als Arbeitslose, erreichen allerdings nicht das Niveau von Erwerbstätigen, die keine Leistungen von der Arbeitsagentur beziehen.



Quelle: IAB, Oktober 2017 bit.do/impuls0957